

IN DEN MEDIEN: OFFENER BRIEF DER AGW LEIPZIG ZUR SOZIALPOLITIK

24. August 2018

Die Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege in Leipzig (AGW) fordert in einem Offenen Brief, der in der letzten Woche veröffentlicht wurde, ein Umdenken für eine nachhaltige Sozialpolitik in der Stadt Leipzig. Kernpunkte dabei sind eine Förderpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und Freie Träger im Sinne der Subsidiarität angemessen fördert und beteiligt.

Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) griff den Brief in ihrer Ausgabe vom 23.8.2018 auf und zitiert weite Teile daraus. Zudem sind Stellungnahmen fast aller Fraktionen des Stadtrates zu Leipzig, die das Anliegen fast durchweg unterstützen.

Das Statement der AfD irritiert jedoch sehr.

Es liest sich leider so, als seien die Flüchtlinge der Grund, warum die AGW ihre Forderungen vorbringt und viel mehr Aufgaben zu erledigen seien. Das ist selbstverständlich nicht die Ansicht der AGW! Vicki Felthaus, Leiterin der Regionalgeschäftsstelle Leipzig-Stadt des Paritätischen, hat dies für die AGW gegenüber der LVZ zum Ausdruck gebracht. "Es ist unser Auftrag und unser wichtigstes Anliegen, alle Menschen, die in Nöten sind und uns brauchen, mit unseren sozialen Angeboten zu begleiten. Wir kämpfen mit unserem Offenen Brief für eine bessere, verlässliche Finanzierung und um Transparenz seitens der Verwaltung", so Felthaus.

"Wir werden die Haushaltsdebatte für den städtischen Doppelhaushalt 2019/2020 intensiv verfolgen. Sollte die Argumentation der AfD zu unserem Anliegen missbräuchlich verwendet werden, gehen wir mit einer entsprechenden Positionierung in die Öffentlichkeit", sagt die Regionalleiterin.

Wie geht es weiter mit unseren Forderungen?

Die Dezernate reichen Ihre Haushalte bis Ende August 2018 beim Kämmerer ein. Im Herbst/Winter 2018 wird dann im Stadtrat und in den Ausschüssen und Beiräten dazu diskutiert. AGW und Paritätischer setzen auf die Stadträte, die wir zu diesem Thema bereits ausführlich informiert haben. Diese müssen dann Änderungsanträge zum Haushalt stellen, so es bei der Ankündigung der Sozialamtsleiterin bleibt, dass der Planansatz erneut nicht erhöht eingereicht wird. Zu diesem Zweck erhalten die Fraktionen im Stadtrat noch eine schriftliche Argumentationsgrundlage von der AGW. Nach zahlreichen Gesprächen mit Stadtratsfraktionen ist davon auszugehen, dass die vorgebrachten Forderungen zumindest zu Teilen umgesetzt werden können. Die Regionalgeschäftsstelle informiert dazu.

Den Artikel der LVZ sowie die Statements der Stadtratsfraktionen lesen Sie hier:

<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Hilferuf-von-Leipziger-Helfern-Offener-Brief-zur-Sozialpolitik>